

Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V. Pressemitteilung

Medizinstudierende fordern mehr Aufmerksamkeit für humanitäre Krisensituationen

Berlin, 04.11.2021

Nach Einschätzung von Medizinstudierenden in Deutschland wird die vielerorts instabile humanitäre Situation den Berufsalltag künftiger Mediziner:innen zunehmend belasten und eine adäquate gesundheitliche Versorgung Geflüchteter nahezu unmöglich machen, wenn neue Perspektiven fehlen.

Kriegerische Auseinandersetzungen und die Folgen des Klimawandels fordern schon jetzt immer mehr zivile Opfer und bedrohen Menschen, wie auch ihre Rechte massiv. Personen, die zur Flucht gezwungen werden, begegnen dort oft menschenunwürdigen Verhältnissen mit schwer traumatisierenden Folgen. Als Medizinstudierende beobachten wir die humanitäre Destabilisierung, Migrationsströme und Fluchtbewegungen, wie auch direkte Angriffe auf zivile Ziele und medizinisches Personal im Einsatz mit großer Sorge. Nicht nur Medizinstudierende müssen auf die hieraus resultierenden Belastungen ihres Berufsalltags vorbereitet werden, um eine adäquate Gesundheitsversorgung für alle gewährleisten zu können. Sie benötigen vor allem die nötige politische Unterstützung, um den Herausforderungen gerecht werden zu können.

Konflikte und humanitäre Krisen bedrohen zunehmend zivile Personen und ihre Menschenrechte

70 Jahre sind vergangen, seit sich die Vereinten Nationen auf die Genfer Flüchtlingskonvention zur Rechtsstellung von Geflüchteten geeinigt haben¹. Derzeit befinden sich nach ihrer Definition weltweit ca. 82 Mio Menschen auf der Flucht, 48 Mio unter ihnen sind Binnenvertriebene, doppelt so viel wie noch vor zehn Jahren². Obwohl nach neuestem Klimabericht des IPCC die Zahl derjenigen, die aufgrund des Klimawandels flüchten auf mindestens 250 Mio geschätzt wird³, sind diese bislang nicht in den Genfer Flüchtlingskonventionen benannt und demnach ohne eindeutig geregelten Schutzstatus.

Als Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V. (bvmd) blicken wir vor diesem Hintergrund mit Sorge auf die aktuell prekäre und sich zunehmend verschlechternde humanitäre Situation weltweit.

bvmd-Geschäftsstelle

Robert-Koch-Platz 7
10115 Berlin

Phone +49 (30) 95590585
Fax +49 (30) 9560020-6
Home bvmd.de
Email verwaltung@bvmd.de

Für die Presse

Philip Plattner
Email pr@bvmd.de

Vorstand

Lucas Thieme	(Präsident)
Sebastian Schramm	(Externes)
Florian Aschenbrenner	(Finanzen)
Dorothea Daiminger	(Fundraising)
Philipp Schwaiger	(Internationales)
Philip Plattner	(PR)
Nico Bekaun	(IT)

Die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland ist ein eingetragener Verein (Vereinsregister Aachen VR 4336). Sitz und Gerichtsstand sind Aachen.

Europäische Integration
Famulaturaustausch

Forschungsaustausch
Gesundheitspolitik
Projektwesen

Medizin und Menschenrechte
Medizinische Ausbildung
Training

Public Health
Sexualität und Prävention

Jüngste Entwicklungen machen erneut deutlich, dass zivile Opfer in bewaffneten Konflikten hingenommen und instrumentalisiert werden. Immer wieder beobachten wir direkte Angriffe auf zivile Ziele, wie Personengruppen oder Einrichtungen der Gesundheitsversorgung. Das ist ein klarer Verstoß gegen das international anerkannte humanitäre Völkerrecht und gefährdet Personen, wie auch das hohe Gut der Menschenrechte. Die resultierenden instabilen politischen Verhältnisse, wie sie sich beispielsweise aktuell in Afghanistan darstellen, zeigen dass insbesondere Frauen und marginalisierte Gruppen schweren Beeinträchtigungen in ihrem Zugang zu Bildung, Freiheitsrechten und gesundheitlicher Versorgung schutzlos ausgesetzt sind.

Neben militärischen Konflikten macht auch der neueste Bericht des IPCC vor allem deutlich, dass die Folgen des Klimawandels einen verheerenden Einfluss auf die Sicherheit der weltweiten Bevölkerung haben. Demnach werden in optimistischen Berechnungen bis 2100 mehr als 250 Mio Menschen zur Flucht gezwungen. Die Ursache sieht das IPCC im drastischen Anstieg des Meeresspiegels und zunehmenden Extremwetterereignissen³.

Krieg, Naturkatastrophen und nun auch die Corona-Pandemie führen in ihrer Folge immer mehr Menschen an den Rand einer Existenznot. Auch die Welthungerhilfe schildert in diesem Zusammenhang Rückschläge in der Hungerbekämpfung⁴. Überlebende, die sich zur Flucht gezwungen sehen, haben vor Ort nahezu keine Chance auf gesicherte Fluchtrouten oder menschenwürdigen Unterschlupf. Vor dem Hintergrund der Genfer Flüchtlingskonvention und geltendem Menschenrecht ist jedoch von zunehmender Bedeutung, dass die Sicherheit Flüchtender keine Gefälligkeit, sondern moralische Verantwortung der involvierten Staaten ist.

Mit Besorgnis beobachten wir die Lage von humanitärem und medizinischem Hilfspersonal, welches sich in Krisengebieten engagiert. Zunehmend werden sie an ihrer Arbeit gehindert oder Ziel von tödlichen Angriffen. Dies führt nicht nur zu unmittelbaren Einbrüchen der Versorgung, sondern auch zu einem hohen Grad an mentaler Belastung und psychischen Nachwirkungen, welche eine nachhaltige und andauernde Unterstützung beeinträchtigen. Zu dieser bereits hohen mentalen Last kommt die unzureichende Ausbildung von medizinischem Hilfspersonal im Umgang mit Vertriebenen und traumatisierten Geflüchteten, wodurch eine adäquate Versorgung der Betroffenen erschwert wird.

Als Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland weisen wir hiermit auf die unantastbare Würde des Menschen hin, unabhängig von politischen Rahmenbedingungen und im Einklang mit den Genfer Flüchtlingskonventionen sowie dem humanitären Völkerrecht. Als medizinisches Fachpersonal von morgen wollen wir nicht nur den

Schmerz und die Krankheitslast der Menschen um uns herum lindern, sondern auch die Faktoren, die ihre Entstehung verursachen. Gute Gesundheit, definiert als Zustand körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens, ist ein Grundrecht eines jeden Menschen⁷. Für die Einhaltung dieses Grundrechtes setzen wir uns ein.

Humanitäre Krisen betreffen unsere internationale Gemeinschaft und benötigen unseren kollektiven Einsatz, empathisch und hilfsbereit einzuschreiten und uns aktiv für eine sichere, friedliche und humanitäre Welt einzusetzen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit unter pr@bvmd.de zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Philip Plättner

Vizepräsident für Presse-
und Öffentlichkeitsarbeit

Anlage:

1. UNHCR - Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (In Kraft getreten am 22. April 1954), Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 31. Januar 1967 (In Kraft getreten am 04. Oktober 1967)
2. Deutsches Rotes Kreuz. Pressemitteilung vom 28.07.2021. 70 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention: DRK: Mehr Aufmerksamkeit für Binnenvertriebene notwendig.
<https://www.drk.de/presse/pressemitteilungen/meldung/70-jahre-genfer-fluechtlingskonvention-drk-mehr-aufmerksamkeit-fuer-binnenvertriebene-notwendig/>
3. Sechster IPCC-Sachstandsbericht. Arbeitsgruppe I: Naturwissenschaftliche Grundlagen. <https://www.de-ipcc.de/350.php>
4. Welthungerhilfe. Pressemitteilung vom 31.06.2021. Kriege, Klimawandel & Corona führen zu Rückschlägen bei Hungerbekämpfung.
<https://www.welthungerhilfe.de/presse/pressemitteilungen/2021/jahresbericht-2020/>
5. UNHCR - Global Trends in Forced Displacement in 2020.
6. Ärzte ohne Grenzen, Pressemitteilung zur Lage im Südsudan.
<https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/suedsudan-katastrophale-humanitaere-lage>
7. WHO - Gesundheit als Menschenrecht.
<https://www.euro.who.int/de/about-us/partners/news/news/2018/12/health-is-a-human-right>